

# So ein Mist

**Deutschland hat ein Gülleproblem, sagen Forscher, die vor den Folgen für die Gewässer warnen – doch die Bauern wehren sich gegen schärfere Regeln.**

*Von Reinhard Bingener*

HANNOVER, *im September* Über die Ausscheidungen seiner Tiere, die auch seine Pflanzen gedeihen lassen, denkt der Landwirt traditionell anders als etwa der benachbarte Gastwirt. Auf der politischen Ebene fächert sich diese Multiperspektivität beim Thema Gülle noch einmal breiter auf. Vor einiger Zeit kam das bei einer Pressekonferenz schön zum Ausdruck, bei der ein Herr die nun folgende Vorstellung des "Niedersächsischen Gülleberichts" ankündigte. Noch im selben Satz korrigierte er sich: Nein, kein "Güllebericht", sondern ein "Düngemittelbericht" sei vorzustellen. Auf einen Zwischenruf hin musste er sich dann nochmals verbessern, denn tatsächlich trug das vorzustellende Berichtswerk den vollends geruchsneutralen Titel "Nährstoffbericht".

Der Bericht hatte es, ganz unabhängig vom Namen, in sich. Deutschland hat ein massives Problem mit der Gülle, denn es fällt schlicht zu viel davon an. Den Gülleüberschuss gibt es vor allem in Regionen, in denen auf vergleichsweise wenig Fläche hohe Viehbestände zu verzeichnen sind. Besonders ausgeprägt ist das im westlichen Niedersachsen der Fall. Die Landkreise Cloppenburg und Vechta bilden die Herzkammer der deutschen Viehwirtschaft. Die Hühner, Schweine und Rinder, die dort massenhaft produziert werden, produzieren ihrerseits in so großen Mengen Exkremente, dass den Betreibern die erforderliche Fläche für deren Ausbringung fehlt. 59,2 Millionen Tonnen Dung und Gärreste fallen in Niedersachsen zuletzt binnen eines Jahres an. Allein der Anstieg um 2,9 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr entsprach, wie das Landwirtschaftsministerium vorrechnete, 100 000 vollbeladenen Lkw.

Der Qualität des Wassers in Deutschland sind diese gewaltigen Mengen abträglich. Egon Harms vom besonders betroffenen Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband hält die Belastung durch den in Dung und Gärresten enthaltenen Nährstoff Nitrat für "das größte Problem", den das deutsche Grund- und Trinkwasser hat. Nachdem sich die Belastung über einen langen Zeitraum verringert hat, steigen die Werte seit etwa zehn Jahren wieder an. Verantwortlich für diese Entwicklung macht Harms den Boom der Biogasanlagen sowie den Bau von "Megaställen" in Deutschland. "Unser Kernproblem ist: Es gibt mittlerweile viel zu viel Nährstoff", sagt er. Der vorgegebene Grenzwert für Nitrat von 50 mg pro Liter Trinkwasser wird mittlerweile an zahlreichen Messstellen in Deutschland überschritten, zum Teil um das Doppelte.

Dabei werden schon seit langem Anstrengungen unternommen, den Tiermist gleichmäßig über die Ackerflächen zu verteilen. Die bisherigen Regelungen ließen sich jedoch leicht umgehen. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer von den Grünen berichtet, dass für die Genehmigung eines neuen Großstalls ein Vertrag mit einer Güllebörse vorgelegt werde, der dann aber nach einem Jahr gekündigt werde. Wo die Gülle danach hinkommt, erfahren die Behörden nicht mehr.

Etliche Landwirte soll es geben, die viel zu viel Gülle über viel zu wenig Fläche auskippen. Das Selbstausbringen der Gülle koste etwa zwei Euro pro Kubikmeter, der Transport in von Ackerbau geprägte Regionen mit Nährstoffbedarf hingegen etwa zwölf Euro pro Kubikmeter, rechnet Egon Harms vom Wasserverband vor. Auf das Jahr gerechnet, könnten sich Landwirte fünfstellige Summen sparen, indem sie sich nicht an die Vorgaben hielten.

Auf politischer Ebene wird deshalb gegenwärtig erbittert um die Novellierung der deutschen Düngeverordnung gerungen. Auf der einen Seite stehen die Interessenvertreter der Landwirtschaft, die sich gegen bürokratischen Aufwand und mögliche Sanktionen sperren. Ihnen gegenüber stehen die Wasserversorger mit ihrem Interesse, dass das Wasser die

vorgeschriebene Qualität behält und sie sich den Einbau teurer Filteranlagen sparen können. Politisch zur Seite stehen den Wasserversorgern zum einen Naturschutzverbände, zum anderen die EU-Kommission, die wegen der verschlechterten Wasserqualität ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat.

Ein Entwurf für die neue Düngeverordnung deutet indes darauf hin, dass im Gezerre um die Nitratbelastung des Wassers derzeit die Landwirtschaft im Vorteil liegt: In der aktuellen Fassung des Entwurfs, die dieser Zeitung vorliegt, ist nämlich ein entscheidender Passus entfallen. In Paragraph 14 der Düngeverordnung soll demnach in den Absätzen 13 und 15 jeweils eine Formulierung wieder gestrichen werden, nach der das Ausbringen von zu viel Dünger als Ordnungswidrigkeit geahndet werden sollte. Belangt werden sollen stattdessen nur Landwirte, die den Behörden keine Angaben machen. "Dann kann man den schwarzen Schafen zwar nachweisen, dass sie schwarze Schafe sind, aber das Schwert, mit dem man sie piekt, ist nicht scharf genug", sagt Egon Harms. "An dieser Streichung merkt man, dass die Landwirtschaftslobby immensen Einfluss nimmt."

Kritik an der Streichung kommt vor allem von den Grünen. In mittlerweile sechs Bundesländern stellen sie den Landwirtschaftsminister. Diese G-Länder üben mittlerweile einen agrarpolitisch nicht zu unterschätzenden Einfluss aus. Das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium lobt an dem Entwurf aus dem Haus von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) zwar, dass dort „die niedersächsische Kernforderung berücksichtigt“ wird, die Länder zur Erstellung eines Nährstoffabgleichs zu ermächtigen. Erst damit können sie Daten über Anfall und Ausbringung von Dünger zu einem Nährstoffabgleich für die einzelnen Betriebe verknüpfen, durch den Verstöße sichtbar werden. „Zahn- und saktionslos“ sei der Entwurf dennoch, da eine „konkrete Bußgeldregelung“ fehle.

Hartmut Schlepps, der beim Niedersächsischen Landvolk für Landwirtschaftsrecht zuständig ist, verteidigt die Streichung des Passus hingegen. Er hält es für „motivationsfördernd“, die Landwirte nach einem ersten Verstoß zunächst einmal zu beraten, bevor „man ihnen gleich mit der Keule eines drei- bis vierstelligen Bußgeldes kommt.“ Durch die Cross-Compliance-Regeln der EU könne den Landwirten ohnehin schon beim ersten Verstoß ein Teil der Brüsseler Prämien gestrichen werden. Da diese 30 bis 70 Prozent ihres Einkommens ausmachten, hätten die Landwirte davor „eine Heidenangst“. Die Existenz eines Gülleproblems in Deutschland streitet aber auch Schlepps nicht ab. „Auch wir machen uns Gedanken, wie wir die Nitratbelastung absenken können“, sagt er. „Die Frage ist das Dass, nicht das Wie.“ So erkennen fast alle Beteiligten mittlerweile an, dass der auf Subventionen beruhende Boom von Biogasanlagen nicht nur zur beklagten „Vermaisung“ der Landschaft geführt hat, sondern auch das Nitrat-Problem beträchtlich verschärft hat. Elf Millionen Tonnen Gärreste fallen allein in Niedersachsen aus diesen Biogasanlagen an, das sind etwa zwanzig Prozent des Gesamtaufkommens an organischem Dünger. „Leider stehen die Biogasanlagen besonders häufig auch noch in den Regionen mit viel Viehhaltung“, sagt Schlepps. Als Vertreter der Landwirtschaft räumt er ein, dass „das aus heutiger Sicht nicht die richtige Entwicklung war“. Das sehen auch die Grünen mittlerweile so.

Mit den Landwirten sind sie sich auch noch bei der Weidehaltung von Kühen einig, für die die Grünen-Minister aus der Koalition mit der Wasserwirtschaft ausscheren. „Es kann nicht sein, dass Milchviehhalter, die ihre Kühe auch auf die Weide lassen, plötzlich bei der Nährstoffberechnung wie vom Bund verlangt zwei- bis dreimal so viel Fläche vorweisen müssen wie bisher“, sagt Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer den Entwurf des CSU-Bundesministers. Landwirtschaftsvertreter Schlepps würde sich ebenfalls „Erleichterungen für Weidehalter“ wünschen. Er kann allerdings auch erklären, warum die Weidehaltung mit ihrem ansonsten hervorragenden Image besonders in den Blick gerät, wenn man das Nitrat-Problem lösen will. „Eine Kuh ist kein Rasenmäher. Die möchte für sich nur das grünste Gras.“ Und weil die Kühe immer nur einen Teil des Grases fressen, weist die Wiese mit Weidehaltung eine schlechtere Düngeeffizienz auf als eine, deren gemähtes Gras im Stall verfüttert wird, wo die Kühe keine Wahl mehr hätten, sagt

Schlepps. Weil die Weidehaltung Vorteile für Tiergesundheit, Landschaft und Tourismus habe, spricht sich aber auch Schlepps für Milde in der Nitrat-Frage aus.

Aus wissenschaftlicher Sicht beschäftigt sich mit der Problematik Markus Venohr vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin. Aus seiner Sicht hat Deutschland „definitiv ein Problem“ mit zu viel Dung und Gärresten. An einem wichtigen Punkt gibt Venohr indes Entwarnung. Die Gesundheitsgefahr für den Menschen, die in der Debatte derzeit häufig in den düstersten Farben heraufbeschworen wird, kann er nicht erkennen. Man könne zwar behaupten, Grundwasser mit mehr als 100 mg Nitrat je Liter könne man gleich direkt als Pflanzendünger verwenden, für den Menschen sei das alles aber „nicht gesundheitsbedenklich“. Das Problem sei vielmehr darin zu sehen, dass der Überschuss an Nitrat und auch an dem ebenfalls in den Düngern enthaltenen Phosphor den „guten ökologischen Zustand“ der Gewässer, etwa durch Algenwachstum, gefährdet.

Ohne den Einfluss des Menschen würde zum Beispiel der Nitrat-Gehalt der Weser ein Milligramm Nitrat pro Liter betragen, sagt Venohr. Derzeit seien es vier bis sechs Milligramm. Bei der Übergabe des Wassers vom Fluss in das Meer soll ein Wert von 2,8 Milligramm nicht überschritten werden.

Angesichts dieser Diskussion hält Venohr den EU-Grenzwert von 50 Milligramm für das Trinkwasser für „jenseits von Gut und Böse“. Allerdings, schränkt er ein, sei eine Kalkulation, wie sich die hohen Nitratreinträge letztendlich auf die Oberflächengewässer auswirken, allein wegen der unterschiedlichen Bodenbedingungen extrem komplex. „Mit einzelnen Messungen kann man das kaum feststellen, da muss man mit großräumigen Modellen ran.“ Entgegen mancher Befürchtungen, nach denen sich das wahre Ausmaß der derzeitigen Nitratreinträge erst in Jahrzehnten zeigen werde, rechnet Venohr aber nicht mit einem drastischen Anstieg der Nitrat- oder Phosphorwerte. Obwohl der Weg dieser Verbindungen in die Oberflächengewässer einhundert Jahre dauern könne, sieht der Gewässerökologe „keine Zeitbombe“ unter der Erde ticken.

Der Entwurf für die Düngeverordnung sieht vor, dass Landwirte 60 Kilogramm Stickstoff je Hektar und Jahr ausbringen dürfen. Laut Venohr entspricht dieser Wert dem wissenschaftlichen Konsens. Die 120 Kilogramm, von denen in Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder in Nordrhein-Westfalen aber teils die Rede ist, seien jedoch „definitiv zu viel“, sagt er. „Die einzige Möglichkeit, dem Herr zu werden, ist die Verminderung der Fleischproduktion. „Diese Forderung deckt sich wiederum mit dem Bestreben der grünen Landwirtschaftsminister nach einer „Agrarwende“. Die Gülleproblematik mitsamt dem mit ihr einhergehenden Alarmismus bietet ihnen die Gelegenheit, die Massentierhaltung nicht nur aus Tierschutzgründen, sondern auch um des Grundwasserschutzes willen anzugreifen. Im Bundesrat werden sie versuchen, auf die Düngeverordnung Einfluss zu nehmen. Derzeit befindet sich das Papier noch in der Ressortabstimmung. Insbesondere das Verbraucherschutzministerium prüfe jedoch derzeit „sehr genau“, teilt das Bundeslandwirtschaftsministerium mit. Es könnte bei der Gülle also bald noch einiges in Fluss geraten.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung – 1. Oktober 2015*